Thema: 1946 – Zur erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD

Die deutsche Sozialdemokratie ist in der DDR wieder da. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg, überall entstehen Ortsvereine, Kreisverbände und Landesverbände neu. Seit der Gründung im Herbst 1989 hat sich die damalige SDP rasch zu einer starken politischen Kraft in der DDR entwickelt. Die SPD will soziale Demokratie verwirklichen, den Umgang mit Umwelt und Natur verbessern, sie wird die Menschenrechte gewährleisten, Arbeit und Wohlstand schaffen.

Vierzig Jahre lang war „Sozialdemokratismus" in der DDR ein Straftatbestand. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden verleumdet und verfolgt. Heute will sich die PDS auf Traditionen der deutschen Sozialdemokratie berufen. Zu Unrecht. Sie hat das Erbe der SED angetreten: einer kommunistischen, lange Zeit leninistisch-stalinistischen Partei.

Wir leiden nicht an Gedächtnisschwund. Willy Brandt sagt: „Es muß in Ordnung gebracht werden, was Sozialdemokraten (und nicht-anpassungswilligen Kräften der anderen Parteien) in den Jahren 1946 folgende angetan wurde. Wir lassen auch über die Entwicklung seitdem mit den Verfolgungen und Verfälschungen nicht einen Mantel des Verschweigens legen." Was war nach dem Krieg geschehen?

Am 21. und 22. April 1946 war es soweit gewesen: Mit der Gründung der SED endete die kurze Geschichte der Sozialdemokratie in der Sowjetischen Besatzungszone Nachkriegsdeutschlands. Es war ein unfreiwilliges, ja gewaltsames Ende.

Nazi-Deutschland hatte unsägliches Leid, Krieg, Tod und Zerstörung über die europäischen Völker gebracht. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entstanden überall in Deutschland spontan Antifa-Ausschüsse. Das Scheitern der Weimarer Republik und Jahre gemeinsam durchlittener Verfolgung und Exils hatten politische Gegner von einst dazu gebracht, miteinander zu reden. Die Sehnsucht nach der Einheit der Arbeiterbewegung bestand, aber es war keine Sehnsucht nach Zwangsvereinigung.

Nach dem Krieg waren SPD und KPD gesondert wiedergegründet worden. Zunächst betrieben vor allem die Kommunisten eine Politik, die sich gegen die Einheit wandte, um so im Schutze der Besatzungsmacht ihre Kader bilden zu können. Die KPD geriet aber rasch in einen objektiven Gegensatz zur Bevölkerung, die unter anderem Anstoß nahm an der engen Zusammenarbeit zwischen ihr und der sowjetischen Besatzungsmacht. Bald erkannte die KPD-Führung, daß es angebrachter wäre, auf Einheitsbestrebungen einzugehen. Seit November 1945 schaltete sich die sowjetische Militäradministration in einer Kampagne für die Vereinigung von SPD und KPD ein. Sie tat das nachdrücklich bis hin zu Festnahmen und der Verhängung langjähriger Freiheitsstrafen für Sozialdemokraten, die sich gegen die Einheit sperrten.

Immer wieder hatten führende Sozialdemokraten, wie Kurt Schumacher, vor dieser „Einheit" mit den Kommunisten gewarnt. Die SPD war nach wie vor in Berlin, in Sachsen und Thüringen die stärkste Partei. Vor allem in Berlin spitzten sich die Ereignisse zu. Sozialdemokraten hier und in der Provinz standen unter starkem Druck.

Eine Urabstimmung im März 1946 wurde im Ostsektor Berlins vom sowjetischen Stadtkommandanten verboten. In den Westsektoren brachte sie ein eindeutiges Ergebnis. Von 23 755 Stimmen verneinten 19 529 (82,2 %) die Frage „Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?".

Dies war ein eindeutiges Votum für die Selbständigkeit der SPD. Eine Zusammenarbeit auf der Basis tatsächlicher Gleichberechtigung sollte dadurch nicht ausgeschlossen werden.

In der Sowjetischen Besatzungszone führten die Repressionsmaßnahmen zu einem sogenannten „Vereinigungsparteitag", auf dem die SED aus der Taufe gehoben wurde. Viele Sozialdemokraten hatten die Hoffnung, auf Grund ihrer Mitgliederstärke politischen Einfluß nehmen zu können. Schon bald zeigte sich:

Die Fortführung sozialdemokratischer Traditionen war nicht möglich. Der Kalte Krieg ergriff von den Ost-West-Beziehungen Besitz. Die SED wurde von kommunistischer Seite aus systematisch bolschewisiert.

Jedes Schulbuch in der DDR läßt erkennen, wie man die SPD sah, und daß nur die kommunistische Sicht galt. Sozialdemokratische Gedanken wurden nicht weitergeführt. Das Bekenntnis der SED zum Leninismus-Stalinismus, die Geringschätzung des Rechtes jedes einzelnen Menschen, die fehlende Rechtsstaatlichkeit, die Verachtung des Parlamentarismus und die Festschreibung der SED-Vorherrschaft, dies alles ließ und läßt sich mit sozialdemokratischem Denken und Handeln nicht vereinbaren.

„Damals handelte es sich um eine Gefangennahme, nicht um Vereinigung. Die Verfolgung unserer Idee dauerte auch zu Tauwetterzeiten an". (Willy Brandt auf dem Berliner Parteitag am 18. Dezember 1989)

Die neue Sozialdemokratie in der DDR, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bundesrepublik, werden ihre Chance nutzen. Wir sind der Demokratie und den Freiheitsrechten jedes und jeder einzelnen verpflichtet. Wir setzten uns ein für eine ökologische und sozial orientierte Marktwirtschaft. Wir betreiben eine Politik für die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft. Wir wollen eine Friedensordnung, die die Abrüstung sichert und die deutsche Einheit in den Prozeß des europäischen Zusammenwachsens einbettet. Wir sind die Partei der sozialen Demokratie, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.

Wer nähere Informationen zur Geschichte der SPD und der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD haben möchte, wende sich an

den Vorstand der SPD,
Rungestr. 3-6,
Berlin 1020.



Herausgeber: Vorstand der SPD, Berlin 1020 – 2-90